

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 21 – Sogenannte Homo-Heilung verbieten

Dazu sagt der queerpolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Rasmus Andresen:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 104.19 / 07.03.2019

Liebe ist keine Krankheit, sondern ein Menschenrecht

„Irgendwann schlug die Therapeutin Elektroschocks vor. Nur ganz leichte, versprach die Therapeutin. Ein Stoß, bei jedem Foto einer hübschen Frau. Bis Rousseau die Bilder nicht mehr mit Lust verbinden würde, sondern mit Schmerzen.“

Mit diesen Worten beschreibt eine 29 jährige Frau in einem Presseartikel ihre Erfahrungen mit einer deutschen Therapeutin, die ihr eindrücklich zu verstehen gab, dass ihre Sexualität unnatürlich sei und Sie in Behandlung gehört. Lassen Sie es uns gleich am Anfang der Debatte an alle Homo- oder Bisexuellen ganz klar sagen:

Eure Liebe ist keine Krankheit. Lasst euch das nicht einreden. Ihr seid richtig, so wie ihr seid.

Konversionsverfahren, sogenannte „Homo-Heilungen“, finden auch bei uns in Deutschland statt. Von Gesprächstherapien bis hin zu Elektroschocks bieten Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen sogenannte Homo Heilungen an. Diese Ärzt*innen beschreiben Homosexualität als „perverse sexuelle Fixierung“ und outen sich oft als fundamentalistische Christ*innen.

Dass ausgebildete Ärzt*innen und Physiotherapeut*innen die Würde von Menschen mit Füßen treten und Menschenrechte brechen, ist skandalös. Dass sie diese Pseudo-Therapien auch noch teilweise über Krankenkassen abrechnen, ist inakzeptabel und muss gestoppt werden.

Gerade durch und in religiös fundamentalistischen, christlichen Gruppen werden Konversionsverfahren angepriesen und durchgeführt. Dies gilt zum Beispiel für den Bund freier evangelischer Gemeinden. Immerhin 40.000 Mitglieder, davon 10.000 Minderjährige. Und für aktive Gemeinden unter anderem in Kiel, Norderstedt, Lübeck, Eutin, Har-

rislee, Hohenlockstedt, Mölln und Ahrensburg.

Konversionsverfahren sind widerlich. Sie sind menschenrechtswidrig und gehören verboten. Wir Grüne wollen ein generelles Verbot von Anpreisung und Durchführung von sogenannten "Homo Heilungen". Ganz egal ob Sie von Ärzt*innen und Psychotherapeut*innen in ihrer Praxis oder durch fundamentalistische und verrückte Freikirchen durchgeführt werden.

Wir wollen verhindern, dass Ärzt*innen oder Therapeut*innen diese widerlichen Pseudo-Therapien auch noch über die Krankenkassen abrechnen. Dazu müssen wir Gesetze beschließen. So wie einige Bundesstaaten der USA, Malta und bald auch Großbritannien es getan haben oder tun werden.

Gerade Minderjährige müssen wir vor diesem christlich-fundamentalistischen und menschenfeindlichen Weltbild schützen. Wenn jungen Schwulen oder Lesben vermittelt wird, dass Homosexualität eine Krankheit ist und behandelt werden muss, kann dies zu enormen Selbstzweifeln und psychischen Störungen führen. Statt akzeptiert zu werden, bekommen sie das Gefühl, dass irgendetwas nicht stimmt und werden dazu gedrängt, gegen ihre Sexualität aktiv zu werden. Junge Menschen werden durch diese Pseudo-Therapien psychisch krank.

Die Bundesärztekammer warnt schon länger vor den gesundheitlichen Folgen bei Konversionsverfahren. Es geht aber nicht ausschließlich um ein gesetzliches Verbot. Selbstzweifel und der Weg zur Therapie beginnen, wenn man nicht akzeptiert wird. Wenn einem eingeredet wird, dass es nicht ok sei, gleichgeschlechtlich zu lieben. Wenn man Ausgrenzung durch die Familie, in der Schule oder durch Freund*innen erfährt. Deshalb brauchen wir mehr Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in der Schule, im Jugendzentrum oder auch beim Sport. Wir brauchen Aufklärung über die psychischen und gesundheitlichen Gefahren, die durch Konversionsverfahren entstehen.

Es ist ein Skandal, dass die Existenz von diesen Menschenrechtsverletzungen in Deutschland so lange unter den Tisch gekehrt wurde. Es ist gut, dass jetzt viele handeln wollen. Das haben wir auch dem Aktivisten Lucas Hawrylak zu verdanken. Seine Petition zum Verbot von Konversionsverfahren wurde inzwischen von über 80.800 Menschen unterzeichnet.

Unsere Grüne Bundestagsfraktion hat einen umfangreichen und guten Gesetzentwurf zum Verbot von Konversionsverfahren vorgelegt. Unter Grüner Regierungsbeteiligung haben sich Bremen, Hessen und Berlin eindeutig positioniert. Heute ist Schleswig-Holstein dran.

Wir machen aus den Bundesländern Druck auf die Bundesregierung und Gesundheitsminister Spahn. Im Bundesrat werden wahrscheinlich noch diesen Monat die ersten Initiativen eingebracht. Wir sollten nicht mehr länger warten: Liebe ist keine Krankheit, sondern ein Menschenrecht.

Vielen Dank.
